

Weimars Goetheplatz ist Kriminalitätsschwerpunkt

Landesregierung unterwirft Denkerstadt der Überwachungskur / von Patrick Kurth

Die Stadt der Dichter und Denker, der Geburtsort der ersten demokratischen Verfassung Deutschlands, ist um eine Attraktion reicher. Seit dieser Woche wird der Goetheplatz in Weimar durch polizeiliche Kameras beäugt. Notwendige Maßnahme zur Sicherheit sagen die einen, staatliche Generalverdächtigung des mündigen Bürgers die anderen. Die Wahrheit scheint in diesem Fall unüblicherweise nicht in der Mitte zu liegen. Denn gerade Weimar steht national und international für die Stadt der geistigen Aufklärung, der klassischen Kultur und den Appell an die Geisteskraft des mündigen Staatsbürgers. Ein Platz wird überwacht, der den Namen Goethes trägt. Jenen Mannes, der als herausragendster Vertreter des Sturm und Dranges gilt und neben Friedrich Schiller steht. Und zwar ebenfalls in Weimar, auf einem Sockel, ein paar Ecken weiter. Eben dieses berühmte Goethe-Schiller-Denkmal wird zukünftig ebenfalls der staatlichen Videoüberwachung unterliegen. Wer hätte gedacht, dass die Aufklärer eines Tages der Aufklärung unterliegen. Hinter dem Denkmal steht das Nationaltheater. Jener Ort, an dem die erste Deutsche Republik eine ihrer Wiegen hat und in dem die erste demokratische Verfassung beschlossen wurde. Schulklassen fahren nach Weimar. Dort soll den Heranwachsenden Liberalität, bürgerliche Aufklärung und Demokratie bildhaft greifbar gemacht werden. Touristen aus Nah und Fern bereisen Weimar, die Klassikerstadt und die Heimstätte des Bauhaus'.

Nunmehr unterliegen sie alle, die Touristen, Schüler und die Einwohner dem Generalverdacht. Überwachung zum eigenen Schutz. Wer nicht überwacht werden will, besucht eben diese Nationaldenkmale nicht.



„Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen mit Kriminalitätsschwerpunkten ist ein wirksames Mittel zur Verbrechensbekämpfung und zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.“, erklärte der zuständige Innenminister Andreas Trautvetter (CDU) am Montag.

Kriminalitätsschwerpunkt Goetheplatz? Kriminalitätsschwerpunkt Theaterplatz? Am Goetheplatz steht das Grandhotel „Russischer Hof“, die beste Adresse am Ort. Am Theaterplatz das Nationaltheater. Beide Plätze werden durch die CDU-Landesregierung zu Kriminalitätsschwerpunkten erklärt. Potentielle Täter werden ihre Straftat zukünftig wohl in einer Seitengasse versuchen müssen, statt auf den öffentlichen Plätzen. Wie werden Reiseveranstalter oder Fremdenführer, wie wird die Stadt Weimar auf die Klassifizierung „Kriminalitätsschwerpunkt“ reagieren? Für das Ansehen des Freistaates und die Tourismusentwicklung in Weimar dürfte es kaum dienlich sein, wenn das Innenministerium eine der bekanntesten Plätze Thüringens zum Kriminalitätsschwerpunkt erklärt.

Wenngleich materielle Verluste zunächst überschaubar sein dürften, ideeller Schaden

entsteht. Eben diejenigen, die sich in die ehemalige Kulturhauptstadt bemühen, die Schüler, Besucher, Politiker, die die Sinnbilder der Freiheit und der Demokratie beabsichtigen, geraten zukünftig in den Blickwinkel der Überwacher. Nationale Kulturbilder, die für die Lichtseiten der deutschen Geschichte stehen, sollten mehr Wert sein, als mit dem Scheffel der Kriminalitätsbekämpfung besudelt zu werden.

Trautvetter, scheint es, will als Law-and-Order-Mann brillieren. Verwundern muss, dass ausgerechnet die CDU einen eher losen Umgang mit dem geistig-kulturellen Erbe des Freistaates pflegt. Wenn Traditionen der eigenen Parteistrategie unterworfen werden, ist Aufmerksamkeit und Misstrauen gefragt. Es genügt eben nicht, auf Parteitag „Einigkeit und Recht und Freiheit“ abzusingen. Nach Recht und Freiheit handeln, zeichnet wertbewussteste Politik aus. Sonst wird dem liberalen Rechtsstaat politischer Schaden zugefügt.

Sicherheitspolitische Bemühungen wie in Weimar zeigen handfest, dass das liberale Korrektiv notwendiger denn je im Freistaat ist. Bei geistig-politischen Fragen nur unzureichend gewappnet sein, dagegen muss die rechtsstaatliche Hygiene der FDP wirken. Überwachungen wie in Weimar schädigen das Ansehen des Freistaates mehr, als es ihm Sicherheit bringt.

Die Landesregierung hat mittlerweile eingelenkt. Zumindest ein wenig. Das bisher in die Überwachung einbezogene Pressehaus wird nicht mehr aufgezeichnet. Trotz dessen spricht die Grundeinstellung für sich. Und trotz dessen wird die Videoüberwachung fortgesetzt. Jetzt eben ohne Pressehaus. Dafür aber unterstehen Schiller und Goethe und das Nationaltheater weiterhin dem Auge der Observierer.

Stimmen aus der FDP

„Staatliche Überwachung darf niemanden einschüchtern, der mit Journalisten Kontakt aufnehmen will, um auf Missstände oder Fehlverhalten staatlicher Organe aufmerksam zu machen.“ Dr. Guido Westerwelle, FDP-Bundesvorsitzender.

„Der Innenminister hat lange ganz offensichtlich den Fehler nicht zugeben wollen. Dies rechtfertigt nicht, in der Grauzone der Grundrechtsverletzung zu agieren.“ Dr. Karlheinz Gutmacher, FDP-Landesvorsitzender.

„Die gute alte Fußstreife schafft mehr Vertrauen in die Sicherheit, als zwei elektronische Augen. Die Kameras müssen weg.“ Uwe Barth, stellvertretender Landesvorsitzender.

„Eine flächendeckende Überwachung von öffentlichen Plätzen lehnt die FDP ab. Die Überwachung an ausgewählten Stellen, die besonders zu Straftaten einladen, kann jedoch zu einem besseren Schutz der Bürger führen. Es bedarf dafür aber einer klaren Rechtsgrundlage und eindeutigen Regelungen über die Verwendung des aufgezeichneten Materials. Ein Missbrauch von Aufzeichnungsmöglichkeiten muss unter Strafe gestellt werden.“ Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

Big Brother is watching you

von Birthe Frauer, Landesgeschäftsstelle

Weimar ist bekannt für seine literarische Größe. Jetzt schickt Thüringen sich an, einen weiteren großen Schriftsteller zu ehren: George Orwell. Nicht, wie sonst in der Politik üblich, wird darüber lange diskutiert, man setzt das Projekt gleich praktisch um. Zentrale Plätze lässt die Thüringer Landesregierung nun so überwachen, wie es Orwell in seinem Buch „1984“ beschreibt. Fraglich ist nur, ob es ihn gefreut hätte?

Denn das CDU-Innenministerium scheint Orwell missverstanden zu haben: seine detaillierte Beschreibung des Überwachungsstaates sollte nicht heißen, dass er davon angetan war. Orwell schien aber die Landesregierung gekannt zu haben: die Begründung von staatlicher Seite, alles geschehe nur zum Wohle der Bürger, hatte er schon in seinem Werk prophesiert.

Und wenn dann noch Fallbeispiele vom Innenminister angeführt werden, in Moskau sei es aufgrund der Videoüberwachung nun „sicher“ und in London würden „Frauen wieder U-Bahn fahren“, ist der ängstliche Bürger völlig überzeugt von soviel Gutem. Nach solchen Äußerungen fühlt er sich schon sicher, bevor die Kameras überhaupt installiert sind.

Weitere Ausführungen des Ministers, man könne dann Polizeikräfte auch anders einsetzen, wenn diese nicht mehr die gefilmten Plätze überwachen müssen, räumten letzte Zweifel an der Sache aus. Der Überfall wird ja aufgezeichnet, so macht es dem Opfer auch nichts aus, dass kein Polizist in der Nähe ist. Bleibt nur zu hoffen, dass der Täter sich kameragerecht in Szene setzt, damit er später erkennbar ist. Aber das dürfte bei der heutigen Mediengesellschaft gewährleistet sein. Wer will schließlich nicht ins Fernsehen?



Aber warum all die Aufregung, werden wir doch schon seit längerem im Supermarkt, Warenhaus, auf Bahnhöfen, in Banken und Fußballstadien überwacht. Da kommt es auf eine Kamera mehr oder weniger auch nicht mehr an. Das dachten sich Regensburger Bürger auch. Deren Polizei hat bereits seit einigen Jahren Straßen und Plätze genau im Blick und kaum einer weiß es. Eine Umfrage ergab, dass sich die Überwachten ihrer Überwachung gar nicht bewusst sind. Die Mediengesellschaft gewöhnt sich an Kameras schneller als erlaubt. Das Anführen negativer Begleitscheinungen hat da kaum noch Sinn. So gab das Bundesverfassungsgericht zu bedenken, dass Demonstrationen an überwachten Plätzen künftig ohne Demonstranten ablaufen könnten. Wer möchte schon permanent beobachtet werden, wenn er seinen Unmut über den Ministerpräsidenten lautstark zum Ausdruck bringt. Aber sollte eine geringere Zahl von Demonstrationen gegen die Regierung ausgerechnet die CDU in Thüringen stören? Noch ein überzeugender Grund zugunsten der Überwachung. Nur das der nicht vom Innenminister vorgetragen wurde...

Videoüberwachung verhindert kein Verbrechen. Der Mord an der schwedischen Außenministerin Anna Lindh beweist es. Trotz Kameraüberwachung des Kaufhauses wurde sie niedergestochen. Die Überfüh-

rung des vermeintlichen Täters durch die Kameraaufzeichnungen geriet schnell zum Medienereignis. Fotos wurden ebenso veröffentlicht wie persönliche Details. Der Verdächtige war schnell verurteilt. Zumindest von der Öffentlichkeit. In seiner Zelle unterlag er der Dauerbeobachtung, nachdem er sich das Leben

zu nehmen versuchte. Schließlich hatte sein Foto auf jeder Titelseite gestanden, untertitelt mit dem Wort „Mörder“. Letztlich stellte sich seine Unschuld heraus.

Mit solchen Auswirkungen beschäftigt sich der Innenminister scheinbar ebenso wenig wie mit möglichen Missbräuchen der Videoaufnahmen. Wie gelangten die schwedischen Zeitungen an die Bilder? Erklärungen, Bilder würden nur polizeintern verwendet, sind angesichts der heutigen Mediengesellschaft naiv. Eine englische Untersuchung belegte, dass nur zwei Prozent der Videoüberwachung von Frauen zu deren Schutz geschah, zehn Prozent hingegen aus voyeuristischen Gründen. Die gleiche Studie ergab, dass Schwarze, Jugendliche und Männer überdurchschnittlich stark ins Visier genommen werden. Glücklicherweise, wer nicht Frau, schwarz, jung oder Mann ist. Auf der Insel hatte sich die Kriminalität indes nur verlagert. In Wien übrigens gibt es keine polizeilichen Kameras. Die Hauptstadt Österreichs zählt dennoch zu den sichersten Städten Europas.

Impressum

Thüringen Liberal
Hrsg.: Pressestelle der
FDP Thüringen
Redaktion: Patrick Kurth
Bilder/Satz: Patrick Kurth
Verantw.: Volker Weber
Redaktionsanschrift:
FDP Thüringen
Magdeburger Allee 91
99086 Erfurt
pressestelle-
thueringen@fdp.de